

## Unter aller Kritik

Eine Kritik am *Antifaschistischen Berliner Bündnis gegen den Al Quds-Tag* setzt voraus, dass es ihrem Adressaten tatsächlich um Israel geht und sie setzt voraus, dass es ihm um Solidarität mit all denen geht, die unter den autoritären und menschenverachtenden Strukturen der islamischen Welt leiden, ganz gleich wo dieses Leiden nun tatsächlich stattfindet, ob dort oder aber im Westen, in Deutschland, in Berlin (Stichwort Zwangsheiraten, Ehrenmorde, muslimischer Antisemitismus u. v. m.).

Diese Kritik kann sich daher nicht an all jene richten, denen es mit ihrem antifaschistischen Engagement gegen den Berliner Al Quds-Tag nie um mehr ging, als sich der Existenzberechtigung der eigenen Kiezantifa zu vergewissern; zur Not eben – wie im Interview mit dem Hamburger FSK 2010 geschehen –, indem man die zu »israelischen Gruppierungen« erklärte Jüdische Gemeinde unter Rassismusverdacht stellt und sich darüber mokiert, dass sich Exiliraner von der deutschen Polizei einschüchtern ließen und nicht kreativ und engagiert, sprich: antifaschistisch genug protestieren. Die antifaschistische Gesinnungsschnüffelei auf der »bürgerlichen Kundgebung« jedes Jahr im Anschluss an die eigene, das Abscannen dieser nach dem letzten Anhänger einer unbedeutenden Kleinstpartei, dient demzufolge auch nur dem Versuch zumindest ex post die eigene Relevanz zu beweisen. Wenn dies schon nicht auf der eigenen Demonstration getan werden kann, muss man wenigstens den rassistischen Gehalt der bürgerlichen aufzeigen – quod erat demonstrandum.

Ebenso wenig kann sich eine solche Kritik an jene richten, die ohne die Erwähnung eines »antimuslimischen Ressentiments« nicht mehr von Antisemitismus und Israel sprechen können; ja, die in Bündnissen gegen Antisemitismus über jene palavern, um sich über muslimischen Antisemitismus auszuschweigen

– schließlich möchte man keine »antimuslimischen Ressentiments« schüren. Die wenigen Stellen, an denen man dann doch von muslimischen Antisemitismus zu sprechen bereit ist, dienen einzig dazu, seine Thematisierung zu diskreditieren. So kann man es sich selbst in einem Redebeitrag, mit dem man Israel zum 63. Geburtstag gratulieren wollte, nicht verkneifen darauf hinzuweisen, dass »Israelhaß und Antisemitismus ebenso wie Homophobie und Frauenunterdrückung nur in der arabischen Welt und bei muslimischen Einwander\_innen ausmachen zu wollen, [...] sich hervorragend [eignet], um die weiter massive Verbreitung dieser Phänomene in der deutschen Mehrheitsbevölkerung auszublenden und antimuslimische Ressentiments sowie Rassismus zu schüren.« (EAG) Akademische Schützenhilfe erhält man hierbei vom Haus- und Hofislamwissenschaftler, der vollkommen zu Recht das Deppenprädikat »kritisch« trägt und als Freund des postmodernen Differenzierens weiß, dass Antisemitismus nicht gleich Antisemitismus ist – sprich: Der Sprechort der Antisemiten berücksichtigt werden müsse. So doziert er u. a., »dass antiisraelische Positionen [sic!] der palästinensischen Bevölkerung unter Besetzungssituationen anders zu analysieren und zu bewerten sind, als antiisraelische Positionen von Europäern, Türken oder von wem auch immer.«

Noch weniger als »antimuslimische Ressentiments« zu schüren möchte man jedoch diejenigen verprellen, mit denen man nächste Woche wieder im *Rechtspopulismus stoppen*-Bündnis sitzt. Wählerisch bei der Wahl von Bündnispartnern ist man nämlich nur, wenn es um Israel geht. An »maßgeblich von der Bahamas organisierten Veranstaltungen« mag man sich ebenso wenig beteiligen wie an denen der Jüdischen Gemeinde. Die Absprachen mit letzterer

– so betonte man in der Vergangenheit häufiger – »[sollen] sich aber nur darauf beschränken [...], dass man sich nicht gegenseitig im Protest behindert.« (EAG) Geht es allerdings gegen einen Bundesparteitag von *Pro Deutschland*, so »ist der Anlass, also der Protest gegen die Rechtspopulist\_innen im Allgemeinen und deren antimuslimisches Ressentiment im Speziellen, gewichtiger als ein paar Irrläufer\_innen der Linkspartei auf der umfangreichen Unterstützer\_innenliste« (EAG), weswegen man sich auch nur verwundert darüber zeigt, sich auf einmal im Dunstkreis Inge Högers und Co. zu befinden.

Eine solche Kritik kann sich auch nicht an all jene wenden, die in vulgär-atheistischer Manier jedes Jahr aufs Neue demonstrieren, dass sie weder fähig noch willens sind sich einen Begriff von Islam zu erarbeiten; die nicht müde werden zu betonen, dass es »Last but not least [...] nicht darum gehen [kann] vermeintlich gute oder wenigstens bessere von schlechter Religion zu unterscheiden« (ANA), ganz so, als ginge es bei Islamkritik in erster Linie um Religionskritik und nicht etwa um Ideologiekritik. Die Unfähigkeit ein Schiff beim richtigen Namen zu nennen (»Mavi Marmara« und nicht »Mava Marmari« (EAG & ANA)) ist insofern auch nur symptomatisch für den Unwillen, einen adäquaten Begriff von Rassismus, Antisemitismus und Islam zu bilden. Dass die einzig dauerhaft gut besuchte AG des Vorgängers des *Antifaschistischen Berliner Bündnis gegen den Al Quds-Tag*, des *Berliner Bündnis gegen Antisemitismus*, die zu »Rechte Israelsolidarität/ Moscheebau« war, in der man sich u. a. anhand eines in der *Phase 2* erschienenen »Burkini-Textes« des *Berliner Antisemitismusbündnisses* inhaltlich auf die Abgeordnetenhauswahl in Berlin 2011 vorbereiten wollte, sprich: Aktionen gegen rechtspopulistische Kleinstparteien zu planen; dass die anderen AGs dieses Vorgänger-bündnisses ihre Arbeit entweder mangels

Beteiligung sehr schnell einstellen mussten (AG »Rassismus/Antisemitismus«) oder aber erst gar keine Initiative zur Konstituierung fanden (AG »Iran«), erweist dieses antifaschistische Engagement ebenso als Farce wie der Umstand, dass es das bürgerliche Bündnis ist, also das Bündnis, von dem man sich so mühsam versuchte abzugrenzen, das den antifaschistischeren Aufruf schrieb, das es schaffte Vernichtungsdrohungen konkret zu benennen statt sich in Allgemeinplätzen à la »gegen jegliche Vernichtungsdrohungen« zu ergehen. Schon blöd, wenn man all die in den letzten Jahren zurecht kritisierten Passagen aus dem Aufruf streicht, sodass nun auch für den Letzten ersichtlich sein sollte, dass es sich beim *Antifaschistischen Berliner Bündnis gegen den Al Qud-Tag* nie um mehr handelte, als um Pseudoaktivität, also »Praxis, die sich um so wichtiger nimmt und um so emsiger gegen Theorie und Erkenntnis abdichtet, je mehr sie den Kontakt mit dem Objekt und den Sinn für Proportionen verliert« (Adorno).

Post Scriptum: Sich über die Voraussetzungen einer Kritik am antifaschistischen Engagement gegen den Al Quds-Tag zu verständigen, bedeutet nicht, das ebenfalls jährlich stattfindende Stelldichein des NGO-Business abzufeiern. Statt bedrückendem Klezmer und fischiger Appelle wäre es angebracht diesen Islamisten und Islamverstehern den jüdischen Mittelfinger zu zeigen: »Am Israel Chai« oder aber in Memoriam Theo van Goghs »Submission« an die Häuserwände der Demonstrationsroute zu streamen.